

**Von:** [LER-Landeselternrat](#)  
**An:** [Undisclosed recipients:](#)  
**Betreff:** WG: +++Retzlaff und Grosch: Ausgleichsabgabe besser zur Inklusion schwerbehinderter Menschen in den Arbeitsmarkt einsetzen+++  
**Datum:** Freitag, 19. April 2024 09:17:04  
**Anlagen:** [image001.png](#)

---

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine Pressemitteilung der SPD-Fraktion übersende ich Ihnen zur Kenntnisnahme.

Verteiler:

Mitglieder/Ersatzmitglieder

KER/STER/RER

An News Interessierte

Mit freundlichen Grüßen  
Andrea Steinert



Gemäß § 168 NSchG gebildet  
beim Nds. Kultusministerium



Niedersachsen. Klar.

Landeselternrat Niedersachsen

**Geschäftsstelle**

Berliner Allee 19

30175 Hannover

**Telefon:** 0511 / 120-8810

**E-Mail:** [Landeselternrat@mk.niedersachsen.de](mailto:Landeselternrat@mk.niedersachsen.de)

[www.ler-nds.de](http://www.ler-nds.de)

**Steinert Telefon** 0511 / 120 - 8814

Bürozeit: Di. – Fr.

**Hinweise zur Verarbeitung personenbezogener Daten beim Niedersächsischen Kultusministerium:**

Ich weise Sie darauf hin, dass Ihnen gemäß Artikel 13 und Artikel 14 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) verschiedene Rechte als betroffene Person zustehen. Eine ausführliche Information, welche Rechte dies im Einzelnen sind und wie Ihre Daten verarbeitet werden, können Sie unter dem Link „[Datenschutz im Nds. Kultusministerium](#)“ abrufen.

Diese E-Mail ist ausschließlich für die/den Adressaten/in bestimmt und kann vertrauliche Informationen enthalten, die unter den Datenschutz fallen. Sollten Sie nicht zu den zum Empfang der Nachricht berechtigten Adressaten gehören, dann ist jegliche Veröffentlichung, Vervielfältigung oder Weiterleitung untersagt. Falls Sie diese E-Mail irrtümlich erhalten haben, bitte ich Sie um kurze Nachricht. Bitte löschen Sie die E-Mail anschließend von Ihrem Computer-System.

**SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag**

Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover,

Telefon: 0511.3030-4005/4013, Telefax: 0511.3030-4809,

E-Mail: [SPDPresse@lt.niedersachsen.de](mailto:SPDPresse@lt.niedersachsen.de),

Internet: [www.spd-fraktion-niedersachsen.de](http://www.spd-fraktion-niedersachsen.de)

[www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen](https://www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen)

Verantwortlich: **Lars Drebold**, Redaktion: **Eileen Kirchner**

-----  
Pressemitteilung Nr. 19/257

**Retzlaff und Grosch: Ausgleichsabgabe besser zur Inklusion schwerbehinderter Menschen in den Arbeitsmarkt einsetzen**

Die Inklusion schwerbehinderter Menschen in den Arbeitsmarkt stellt eine menschenrechtlich gebotene Verpflichtung dar. Zudem ist berufliche Teilhabe ein wichtiger Teilbereich zur Realisierung von Inklusion in der gesamten Gesellschaft. Zugleich besteht ein hoher Bedarf an gut ausgebildeten Arbeits- und Fachkräften.

Julia Retzlaff, arbeitspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion: „Wir können und wollen auf die Kompetenzen von Menschen mit Behinderungen auf dem Arbeitsmarkt nicht verzichten. Leider sind sie trotz ihres oftmals guten Ausbildungs- und Qualifikationsstandes sowie bestehender gesetzlicher Regelungen und Förderprogramme immer noch höher von Arbeitslosigkeit betroffen, als Menschen ohne Behinderungen. Die Inklusion schwer behinderter Menschen in den Arbeitsmarkt ist und bleibt eine zentrale soziale und arbeitsmarktpolitische Herausforderung.“

Dies spiegelt sich auch im kontinuierlichen Anstieg der Einnahmen aus der Ausgleichsabgabe wider, die Arbeitgebende zahlen müssen, wenn sie die Beschäftigungsquote von schwerbehinderten Menschen nicht erfüllen. Die Mittel fließen in ein Sondervermögen, werden vom Integrationsamt verwaltet und dürfen ausschließlich zur Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben verwendet werden.

Damit stellt die Ausgleichsabgabe ein wichtiges Instrument dar, um die Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderungen zu verbessern. Arbeitgebende sollen motiviert werden, (mehr) Menschen mit Behinderung in ihren Betrieben zu beschäftigen.

„Unser Ziel in Niedersachsen ist es, die Wirksamkeit bestehender Instrumente zu erhöhen und neue Förderansätze zu entwickeln, um Menschen mit Behinderungen noch effektiver unterstützen zu können. Dafür ist auch die Aufstockung personeller Ressourcen im Integrationsamt dringend nötig“, so Constantin Grosch, inklusionspolitischer Sprecher.

Durch eine Initiative auf Ebene des Bundesrates soll zudem die Anpassung der bundesgesetzlichen Regelungen zur Verwendung der Ausgleichsabgabe erreicht werden. Im Mittelpunkt steht dabei eine flexiblere Ausgestaltung der Gesetzesgrundlage, unter anderem, damit zukünftig ein kleiner Teil der Einnahmen aus der Ausgleichsabgabe für Personal- und Sachkosten in den Integrationsämtern eingesetzt werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

**Eileen Kirchner**  
**Stellv. Pressesprecherin**

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag  
Hannah-Arendt-Platz 1  
30159 Hannover  
Telefon: 0511.3030-4005  
Mobil: 0155.66438745  
Telefax: 0511.3030-4809  
E-Mail: [eileen.kirchner@lt.niedersachsen.de](mailto:eileen.kirchner@lt.niedersachsen.de)  
Internet: [www.spd-fraktion-niedersachsen.de](http://www.spd-fraktion-niedersachsen.de)